

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint jeden Wochentag.

Monatspreis: 7½ Sgr. (am Verlags-Orte inclusive Botenlohn).

Redacteur: **Held.**

Für Auswärtige bei allen Postämtern vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr: 1½ Sgr. pro Petitzeile.

## Der Abtritt des Ministeriums Camphausen\*).

Das erste revolutionäre Ministerium Preußens ist den Weg alles Fleisches und aller Ministerien gegangen, und zwar nach dem kurzen Leben eines Vierteljahrs. Man möchte vielleicht versucht sein, dieses Ereigniß für ein unwichtiges zu halten, weil das Ministerium Camphausen selbst etwas Unwichtiges war. Allein man irrt. Der Abtritt des Ministeriums Camphausen erscheint in Rücksicht auf die Beweggründe dazu überaus wichtig. Um aber diese Beweggründe richtig würdigen zu können, müssen wir zuerst einen Blick werfen auf die eigenthümliche Stellung, welche es eingenommen hat. Die Persönlichkeiten des Ministeriums waren auf dem Standpunkte des seligen vereinigten Landtags liberal, und so der Ausdruck des damaligen Volkswillens. Durch die Revolutionen des Februar und März, welche aus dem demokratischen Bewußtsein entsprangen, trat der Volkswille in das Gebiet des Radicalismus, überholte also das liberale Ministerium um viele Schritte. Indem nun das Ministerium bemüht war, das Volk an seinen Standpunkt heranzuziehen, wurde es reactionär, ohne deshalb aufzuhören liberal zu sein, und ohne deshalb anzufangen absolutistisch zu werden. Auf diese Weise kam es in die unselige Stellung, das absolutistische Princip mit dem radikalen, die Monarchie mit der Demokratie vermitteln zu wollen.

An diesem Versuche mußte es scheitern und an diesem Versuche ist es gescheitert, denn indem die Krone die Absicht an den Tag legte, den Weg nach dem aufgegebenen Principe des Absolutismus wieder einzuschlagen, war das liberale Ministerium nicht gefinnungslos genug, ihr auf diesem Wege seine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, und auf der andern Seite nicht wieder radical genug, um sich ganz dem Volkswillen anheim zu geben und so gegen die Krone in Opposition zu treten. Nur auf einen von diesen beiden Wegen wäre es möglich gewesen, im ersteren Falle als ein Ministerium der Krone, im letzteren Falle als ein Ministerium des Volks.

\*) Da mir eine Besprechung dieses Ereignisses wichtiger erscheint, als die versprochene Enthüllung der Intriquen der Reaction gegen meine Person, so wird diese letztere erst morgen erfolgen.

Wenn wir oben sagten, daß der Abtritt des Ministeriums Camphausen dieser Beweggründe wegen wichtig erscheint, so erklärt sich dies dahin, daß es uns den Beweis liefert von der durchaus reactionären Richtung, welche die Krone einzuschlagen im Begriff steht, ein Verfahren, das uns nothwendiger Weise entweder der absoluten Monarchie oder der absoluten Demokratie in die Arme führen muß.

Dies wird uns noch klarer zum Bewußtsein gebracht, wenn wir die speciellen Thatsachen betrachten, welche — wie verlautet — den Abtritt des Ministeriums veranlaßt haben.

Zuerst sollen die durchaus reactionären Persönlichkeiten (Schleinitz, Ladenberg und Schrekenstein), welche die Krone an die Stelle der abgetretenen Minister Arnim, Schwerin und Kanitz setzen wollte, Herrn Camphausen die Unmöglichkeit klar gemacht haben, dem Gouvernement fernerhin vorzustehen.

Sodann soll es eine geheime diplomatische Unterhandlung mit dem Petersburger Cabinet gewesen sein, welche das aus der Revolution hervorgegangene Ministerium zur Ueberzeugung brachte, daß es beim ferneren Fortregieren in die widersinnige Lage gerathen würde, mit seinem Ursprunge in Conflict kommen und sich also selbst verleugnen zu müssen. Denn welches Ziel eine diplomatische Verhandlung Preußens mit Rußland im Auge haben kann, haben wir schon gestern angedeutet, wo wir unsere Ansichten über die heilige Alliance entwickelten.

Endlich soll auch die Verwerfung des Verfassungs-Entwurfs seitens der National-Versammlung die Veranlassung zum Abtritt Camphausens gegeben haben, nicht etwa darum, weil Herr Camphausen — wie es constitutioneller Brauch ist — in dieser Verwerfung ein Mißtrauens-Votum sah, sondern weil die Krone erklärte, daß sie auf diesem Verfassungs-Entwurfe bestehen müsse, und da Camphausen nicht die Kraft in sich fühlte, denselben durchzusetzen. Dieser eigenthümliche Fall giebt uns Gelegenheit eine Betrachtung anzustellen, woraus unwiderleglich hervorgehen wird, daß sich das Ministerium Camphausen und die National-Versammlung durch ihre Inconsequenz, also durch eigenes Verschulden, in ein Dilemma gebracht haben, welches nur zum Verderben des Landes ausschlagen kann und im Interesse des Volks um so betrübender ist, als man

sich sagen muß, daß Vernunft und Recht hierbei auf Seiten der Krone stehen; denn indem das Ministerium und die National-Versammlung die Revolution desavouirten, erklärten sie die Verfassung als eine nicht errungene, sondern als eine octroirte, d. h. eine freiwillig gegebene, eine geschenkte. Die National-Versammlung hatte also durchaus nicht das Recht, an dieser Verfassung irgend etwas auszusetzen, viel weniger sie ganz zu verwerfen, denn schon das Sprichwort sagt: „Einem geschenkten Gaul sieht man nicht in's Maul!“

### Deutsches Reich in spe.

— Berlin. Das Kriegs-Ministerium hat die Landwehr des 20. Regts. und das Berliner Garde-Landwehr-Bataillon einberufen, um unter Sold und Waffen neben der Bürgerwehr die Ruhe und Ordnung der Stadt aufrecht zu erhalten. Diese Maßregel ist eine unrechtmäßige; denn seitdem die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung den Händen des stehenden Heeres entrückt und denen der Bürgerwehr anvertraut ist, hat das Ministerium kein Recht, für diesen Zweck ohne Zustimmung der Bürgerwehr Truppen aufzubieten, die — wie die einberufene, besoldete und bewaffnete Landwehr — den Character des stehenden Heeres tragen und demgemäß nur auf die Krone, nicht aber auf die Verfassungs-Zusicherung vertheidigt sind. — Ueberhaupt ist es ein Uebergriff des Kriegs-Ministeriums, wenn dieses ohne Aufforderung von Seiten der Bürgerwehr Maßregeln für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergreift: denn dergleichen Maßregeln gehören zum Ressort des Ministeriums des Innern und der Polizei.

— Berlin. Herr Hansemann ist mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden, um uns praktisch zeigen zu können, was man unter „Transaction“ zu verstehen hat.

— Berlin. Preußen hat bei all' seinem Ueberfluß an Beamten zu seinem Unglück einen außerordentlichen Mangel an Staatsmännern im höheren Sinne des Wortes. Gewandte Politiker, welche die Verhältnisse zu beherrschen wissen oder gar neue vortheilhafte Verhältnisse nach Innen sowohl wie nach Außen zu schaffen verstehen, fehlen uns gänzlich. — Daher hilft es auch nicht viel, ob kein Minister abtritt und ein neuer antritt. Es ist dies nur ein gewöhnlicher Beamten-Wechsel. Wo haben wir Minister aufzuweisen, wie England sie zu allen Zeiten besessen hat? Unsere Diplomatie ist die einflussloseste von allen Diplomatieen der Großmächte, daher muß Preußen immer derjenige Theil sein, der zu kurz kommt. So ging es uns in der Krakauer Angelegenheit, so geht es uns in der Schleswig-Holsteinischen Sache und so wird es uns überall gehen. Welcher wirkliche Diplomat wird Krieg beginnen, ohne sich vorher Allirte gesichert oder wenigstens dafür gesorgt zu haben, daß die übrigen Mächte neutral bleiben. Die preussischen Minister führen Krieg, obgleich

sie England, Schweden und Rußland gegen sich haben. Kein Wunder, wenn der Krieg trotz seines guten Anfangs leider nur zu bald rückwärts ging.

— Berlin. Dem Vernehmen nach hat Rußland das Einrücken der Preußen in Jütland für einen casus belli erklärt. Jetzt heißt es wieder, die Reorganisation Posen's sehe es als einen casus belli an. Das mag wahr sein, aber am nächsten kommt man der Wahrheit, wenn man annimmt, Rußland habe die Revolution vom 18. und 19. März als einen casus belli angesehen, den es nimmer verschmerzen wird.

— Berlin. Das Ministerium für Handel &c. hat erklärt: „es könne für die brodlosen Arbeiter nichts geschehen.“ Auf diese Weise ist das Arbeiter-Problem auf einmal gelöst. Zu solcher Lösung bedarf es wahrlich nicht eines verantwortlichen Ministers; das haben die unverantwortlichen Minister eben so gut gesagt.

— Berlin. Nachdem der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Verhältnisse nach Außen in eine so schiefe Lage gebracht hatte, daß er sie beim besten Willen nicht noch verwickelter machen konnte, dankte er ab. Der Herr Kriegsminister dagegen dankte ab, nachdem er den Soldaten das freie Versammlungsrecht und das Petitionsrecht nebst Pressefreiheit genommen hatte und folglich ihnen von den neu erworbenen Rechten nichts mehr nehmen konnte.

### Großbritannien.

— Die Lords des Schazes haben auf Ansuchen des dänischen Gesandten Befehl an sämtliche Zollämter des Königreichs gegeben, alle Sendungen von Waffen und Kriegsvorräthen zu verhindern, sobald sie überzeugt wären, diese Kriegsbedürfnisse sollen gegen die dänische Regierung gebraucht werden. Dagegen sind vor noch gar kurzer Zeit Waffen nach Dänemark ausgeführt worden.

### Locomotivfunken.

— Dem Vernehmen nach wird die beabsichtigte Reorganisation der Polizei-Behörde damit beginnen, daß an die Stelle des bisherigen Gensd'armen Constabel, wie sie in England sich als praktisch bewährt haben, treten werden. Die Zahl derselben wird keine geringe sein. Bereits sollen einige Tausende der tüchtigsten Unteroffiziere zu dergleichen Stellen designirt sein. So sehr wir mit der obigen Maßregel im Allgemeinen einverstanden sind, so scheint uns doch die Wahl von Unteroffizieren zu Constabel etwas Verfehltes und Unpraktisches zu sein und durchaus nicht geeignet, das beabsichtigte Institut volksthümlich zu machen. Brodlose unbescholtene Bürger sollte man zu dergleichen Stellen heranziehen, das wäre etwas Volksthümliches und zugleich der beste Beweis, daß man ferner nicht mehr gesonnen ist, den Soldatenstand auf Kosten des Bürgerstandes zu bevorzugen. Der barsche Commando-Ton eines Unteroffiziers ist nicht geeignet, leidenschaftliche Volksmassen zu beruhigen, während der moralische Einfluß der Bürger auf die Arbeiter unbestritten ist. Unteroffiziere ziehe man erst dann heran, wenn brodlose unbescholtene Bürger

nicht mehr vorhanden sind. — Auf diese Weise ginge die Polizei aus dem Volke selbst hervor, wie es meines Erachtens auch in England der Fall ist.

— Zur Vermeidung von Mißdeutungen sollte der Abgeordnete Sybow ein für alle Mal bekannt machen, daß er jederzeit gegen die Anträge, welche für das Volk, so wie für die Anträge, welche gegen das Volk und dessen Wohlfahrt stimmen werde.

— Herr Isaac Moses Hersch hat in kurzer Zeit alle Freunde der Wahrheit so zahlreich mit „Offenen Briefen“ erfreut, daß er einer der fruchtbarsten Briefsteller der Neuzeit zu werden verspricht. Diese Briefe rathen wir Herrn Hersch gesammelt herauszugeben unter dem Titel: „Praktischer Briefsteller“, oder Anleitung für Jedermann, in kurzer Frist Briefe ohne leere Complimente zu schreiben. Diese Briefe haben die besondere Eigenschaft, daß sie Jedermann gern liest, nur diejenigen Personen nicht, an welche sie adressirt sind.

— Herr Major Blesson entschuldigt seinen an den Präsidenten der National-Versammlung, Hrn. Milde, gerichteten Brief, in welchem er die Gesinnung der Berliner Bürgerwehr zu verdächtigen gesucht hat, mit dem einfältigen Grunde, daß er schlecht geschlafen habe. Als er völlig munter geworden und wieder zur Besinnung gekommen sei, habe er erst seine Uebereilung eingesehen und sich beeilt, sie wieder gut zu machen. Vielleicht wird Hr. Blesson, nachdem er seine Unfähigkeit zu Ausfüllung einer so wichtigen Stellung, als die eines Bürger-Generals in Berlin ist, eingesehen hat, ruhiger und ungestörter schlafen und wünschen wir ihm daher aufrichtig „Gute Nacht!“

— Die Bürger Berlins haben nach mehreren verunglückten Versuchen damit geendigt, womit sie hätten anfangen sollen, nämlich einen wirklichen Bürger zum Bürger-General, wenigstens vorläufig, zu machen. — Nachdem die früheren Commandeure gezeigt haben, daß selbst durch schlechtes Commando der tüchtige Sinn der Bürgerwehr sich nicht unterdrücken läßt, möge Hr. Rimpler beweisen, was die Berliner Bürgerwehr zu leisten vermag, wenn sie unter gutem Commando steht und wohl organisiert ist.

— (Aufgabe.) Wie viel ist in dem Geldselavenlande Europa ein Mensch an Werth? — Lösung: Ein Mensch ist werth 1500 Thlr. — Beweis: 3000 Thlr. zu 4 pC. verdienen jährlich 120 Thlr. Zinsen. Ein thätiger Arbeiter oder geschickter Geselle verdient jährlich ebenfalls 120 Thlr. Folglich ist ein guter Mensch 3000 Thlr. werth. — Der Mensch wird aber krank und stirbt gewiß einmal, das Geld kann höchstens einmal verloren gehen, es wird aber weder krank, noch stirbt es: folglich ist ein tüchtiger Mensch nur halb so viel werth als 3000 Thlr., also 1500 Thlr. — Meine Herren, spricht Dr. Wöniger und die Tante Voss, der Zinsfuß muß erhöht werden.

— Gesetze und Regenten wurden gemacht, um den Schwachen gegen den Starken, den Dummen gegen den Klugen, den Armen gegen den Reichen zu

schützen. — Bei uns ist es gerade umgekehrt; folglich muß Alles wieder umgekehrt werden, damit es wieder gerade wird.

— Im Ritterthum des Mittelalters liegt eine heilige Lehre. Es war Ritterpflicht, stets den Schwachen in Schutz zu nehmen; denn der Unterliegende hat immer Recht, weil Gleichheit und Brüderlichkeit der Rechtszustand der Menschheit ist; aber nicht nach dem kaiserlich römischen, sondern nach dem göttlich natürlichen Rechte.

— Das Ministerium Camphausen hat das Schicksal gehabt, das jeder Vermittler eines Streites hat: Er kriegt die Büsse von beiden Seiten. — Jetzt, da die Reaction in einem erträumten Siege schwelgt, hat man es fallen lassen.

— Die Reaction erzählt, daß die Fürstin Czartoryski 200,000 Thlr. ausgetheilt habe, um Revolution zu machen. Nein! In Berlin wurde die Revolution nicht gemacht, weil man Geld hatte, sondern weil man kein Geld hatte, — nicht deshalb, weil Geld vertheilt wurde, sondern deshalb, weil das Geld unter den Menschen ungleich vertheilt ist.

— Ist erbliches Verdienst schimpflich, so ist auch erbliches Geld schimpflich, denn Geld ist ebenfalls ein Verdienst.

### (Mittheilungen.)

— (Brief und Adresse aus Seltstedt.) An Herrn Höllner in Berlin. Sehr werthgeschätzter Freund! Sie wollen aus Ihrer Vaterstadt beikommende Adresse an die Bürger Berlins, mit über 300 Unterschriften versehen, mit Gruß entgegennehmen. Die Betheiligten wünschen sehr, daß Sie diese Adresse Ihren Mitbürgern auf geeignetem Wege mittheilen und wo möglich durch die Zeitungen bekannt machen, damit das ganze Vaterland unsere Meinung erfahre. Ihre Vaterstadt, verehrter Freund, hat ebenfalls die Menschen- und Volksrechte begriffen und theilt vollkommen die Gesinnung der braven und tapfern Berliner. O könnten wir mit unsern Lanzen, Flinten und Büchsen in Ihre Mitte eilen und zwischen Ihren Reihen kämpfen wider die verhassten Reactionäre, gegen Absolutismus und Anarchie, wir würden gern unser Blut für die Freiheit des Vaterlandes fließen lassen.

Wir haben uns hier bewaffnet, theils mit Lanzen, theils mit Gewehren und exerciren sehr fleißig. Auch hat sich hier im Voigtel'schen Gasthose ein Clubb gebildet, wo volksthümliche Interessen, politische und gemeinnützige Abhandlungen etc., so wie gegenseitige Ideen-Austauschung gepflogen werden; auch werden Zeitungs-Artikel hier vorgelesen.

Im Auftrage der bei der Adresse Betheiligten theile ich Ihnen diese Zeilen mit und vorzüglich von Hrn. Zilling bin ich beauftragt, Ihnen für den lieben vom 1. d. M. seinen innigen Dank abzustatten und die herzlichsten Grüße zu erwidern. Auch wir alle die Adresse Unterschriebenen grüßen Sie und die lieben und theuern Berliner bestens und bitten um recht bald gefällige Mittheilung über die jetzigen Zustände in Berlin.

Mit der alten Freundschaft und Anhänglichkeit verbleibe ich Ihr

Andreas Rothe.

Seltstedt, den 18. Juni 1848.

„Bürger Berlins! Mannigfache Adressen und Stimmen Einzelner aus der Provinz Sachsen im Allgemeinen

und der Grafschaft Mansfeld insbesondere haben in neuerer Zeit, Euch, Bürger Berlins, geschmäht oder wenigstens verkannt. Der oft zweideutige Ursprung, die hier und dort aufgezwungene oder durch falsche Darstellung der Sachlage erschlichene Theilnahme, — der reactionäre Zweck solcher Adressen — sie sind Euch wie uns nicht unbekannt. Mancher der dabei Betheiligten bereut schon heute seine Theilnahme.

Darum hattet Ihr, Bürger Berlins, gerechten Grund, solchen engherzigen Ansichten und reactionären Gelüsten wiederum eine einzige große Handlung entgegen zu setzen — die Todtenfeier der Märzhelden, das Revolutionsfest im Friedrichsbain am 4. Juni. Wir sind abermals im Geiste bei Euch gewesen, wir haben vernommen der Todten stummen Gruß, wir haben gehört Eure, der Lebenden, Stimme. Sie fordert uns folgende Erklärung ab, um die Todten zu ehren, Euch zu rechtfertigen und uns zu retten vor dem Vorwurfe politischer Unreife und schändlicher Rücksichten.

Die Revolution vom 18. und 19. März ist eine nie wegzuleugnende Thatsache unserer preussischen und deutschen Geschichte, nothwendig nach dem herrschenden unbeugsamen Regierungssystem, eigens hervorgegangen aus unserm Volke, großartig in ihrem Verlauf und Erfolge. Die unumschränkte Königs- und Beamtenherrschaft ist thatsächlich durch diese Revolution für immer gestürzt, — die Volkssouveränität durch dieselbe für immer erhoben. Das ist Eure That, Bürger Berlins! Auch ist sie bereits anerkannt worden. Zeuge ist das dem Volke verantwortliche Ministerium; Zeuge ist die aus dem Willen des Volkes hervorgegangene Nationalversammlung; Zeuge ist das Harren des Volkes auf alle die Consequenzen (Folgen), welche aus dem Grundsatz der vollen Volkssouveränität in Staat, Kirche und Gesellschaft hervorgehen.

Das preussische, das deutsche Volk wird nie und nimmer lassen von diesem Grundsatz. Die Nationalversammlung wird ihn einführen in unser Staatsleben und namentlich wird sie, wie wir mit Euch hoffen und erwarten, vor allen Dingen auf den jetzt vorliegenden Antrag volksthümlicher Männer der Revolution des 18. und 19. März als der Grundlage, der neuen Zeit für Preußen und Deutschland ihre gerechte Anerkennung zu Theil werden lassen.

Damit sie dies könne, frei von reactionären Gelüsten von Oben, frei von Anarchie und Gesetzlosigkeit von Unten — dafür wollen wir, dafür möget namentlich Ihr, Bürger und Männer Berlins, Wächter sein mit aller Hingebung und Aufopferung.

Wir reichen Euch die Bruderhand und hoffen, daß alle Provinzen und alle Kreise ihre Stimme laut werden lassen, damit Deutschland erfahre, daß Preußen festhalte an dem heiligen Erbe der Volksfreiheit auf breiterester Grundlage, welches ihm überkommen ist aus dem Kampfe des 18. und 19. März.

Petzstädt, den 1. Pfingstfeiertag 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

— Der Kutscher Sabu, Wilhelmstr. 13, der in der Nacht vom 18. zum 19. März in der Friedrichs- und Krausenstraße mit einer Doppelrinne gekämpft hatte, kam auf den bekannten Erlaß des Magistrats um Unterstützung ein. Statt der erwarteten Hilfe erhielt er aber wenige Tage darauf (am 25. April) eine Vorladung nach dem Molkenmarkt

Nr. 1, 2 Treppen, um dort Auskunft zu geben: wer ihn dazu verleitet hätte, hinter den Barrikaden zu kämpfen. Er antwortete: „der König,“ und als man fragte: Wie so? sagte er weiter: „Ja Sie, die hohe Polizei, die Garde und das allgemeine Volk sind auch mit Schuld dran gewesen!“ und dabei drehte er sich kurz herum und ging zur Thür hinaus. — Jetzt verlangt der Kutscher Sabu eine Entschädigung für den unnützen Weg und die Zeitverschwendung, die er durch diese Vorladung gehabt hat. Der Mann ist in seinem vollen Rechte. — Wer entschädigt aber das Land, wenn nach dem 18. März seine theuer bezahlten Beamten auf solche frech reactionäre Art ihre Zeit verbringen? Man hat Beispiele, daß eine einzige solcher Vorladungen dem Lande 5 Thlr. kosten kann. Dafür wäre eine ganze Familie 14 Tage lang am Leben zu erhalten.


### (Gingefandt.)

— (Das Potsdamer Stadtgericht und die Amtsverschwiegenheit.) Bekanntlich sind drei junge Männer, unter denen ein Franzose, vor einigen Wochen in Potsdam gefänglich eingezogen worden, als sie von einer Fahne in der Garnisonkirche ein Stück abgeschnitten hatten. Das Erkenntniß gegen sie ist am 18. Juni ergangen. Es ist bekannt, daß in der Residenz Potsdam ein anderes Rechtsverfahren stattfindet, als in der Residenz Berlin; denn während wir hier öffentliches Verfahren haben, werden die Criminalsachen in Potsdam noch auf dem alten heimlichen Wege der Inquisition abgemacht. Daher versteht es sich von selbst, daß in Criminalsachen die Potsdamer an die Amtsverschwiegenheit gebunden sind, also nicht erzählen dürfen, was in den Akten steht. Nichts desto weniger befindet sich in der Boss. Jtg. vom 19. d. M. bereits das am 18. d. M. ergangene Erkenntniß. Wie ist dies anders möglich, als daß irgend ein Beamter seine Amtsverschwiegenheit verlegt und noch am 18. d. M. der Bossischen citissime dies gemeldet hat? — Herr Director v. Göppler, Sie sind ja der Schwiegersohn des weiland Justizministers Mühlner, der so viel auf Amtsverschwiegenheit und Conduitenlisten hielt, wie können Sie unter Ihren Beamten die Verletzung der Amtsverschwiegenheit dulden? — Suchen Sie ja den Schuldigen auf und nennen Sie ihn öffentlich, sonst sind Sie als Director für Ihre Untergebenen selbst verantwortlich und der Vorwurf fällt auf Sie.

Ein Wehrmann des 97. Bezirks.

## Aufkündigungen.

Trocken-Stempel- und Siegel-Pressen

 in eleganter und sehr zweckmäßiger Form das Stück für 8 1/2 Thlr. in großer Auswahl stets vorräthig. Sauber gravirte Stempel und Petschaste in Stahl und Messing werden von 15 Sgr. an geliefert. Eben so sind auch alle Stempel-Druck-Apparate und Stempel-Farben zu haben.

Ferdinand Reichardt & Co.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-Handlung unfrankirt zuzusenden.

Verlag von **Rudolph Siebmann**,  
Friedrichstraße 18.

Schnellpressen-Druck von **Ferdinand Reichardt & Co.**,  
Spandauer Straße 49.